

Wolfgang Fach

Wer verhilft Hitler zur Macht?

Das »Faschismus«potential des Atomkonflikts

Wer verhilft Hitler zur Macht? Diese Frage aktualisiert ein altes Thema (Czichon 1967) – und mit ihm den bekannten Vorwurf, der Faschismus sei das prinzipiell *wiederholbare* Resultat (groß-)industrieller Machtpolitik.

Parallelen zu ziehen, mag in diesem Fall polemisch sein – schließlich ist Bonn nicht Weimar. Sie drängen sich aber auf, seitdem der bundesdeutsche *Atomkonflikt* eine politische Richtung einschlägt, die an das historische »Vorbild« fatal erinnert:

»Im Kontrast zu den Erfordernissen steht die Neigung von Regierungen, hinhaltend zu taktieren. In der Bundesrepublik Deutschland beeinflussen Landtagswahlen und parteiinterne Auseinandersetzungen den energiepolitischen Entscheidungsprozeß. ... Gefordert ist hingegen die politische Führungsaufgabe, energiepolitische Entscheidungen überzeugend zu begründen, mutig zu vertreten und einen Konsens auf breiter Grundlage herbeizuführen.« (aus: Jahresbericht 1978/79 des BDI)

– so die Unternehmungsklage über den maroden Zustand der gegenwärtigen Politik. Ihrer Tendenz nach unterscheidet sie sich in nichts von dem, was industrielle Kreise schon fünfzig Jahre früher an demokratischen Zuständen kritisiert haben:

»Wirtschaftliche Erkenntnis ist nicht erwünscht, da sie dazu zwingen könnte, den aus parteitaktischen Gründen eingenommenen und als 'notwendig' erachteten Standpunkt zu ändern. Fragen von noch so weitgehender wirtschaftlicher Bedeutung werden so lange nicht nach sachlichen Gesichtspunkten behandelt, wie die aus ihnen etwa zu ziehenden Schlußfolgerungen unpopulär zu machen und der Wählerschaft zu mißfallen drohen.« (aus: Der Arbeitgeber, Zeitschrift der VDA, 1930).

Und was die Kritik von heute als Therapie empfiehlt – Verantwortung, Führung, Entscheidung –, gleicht bis aufs Haar dem faschistischen Vorspiel damals: »Endziel der Politik der nächsten Zeit muß um jeden Preis sein die Sicherstellung der Wirtschaft und damit auch die Garantie des Zusammenhalts des Staates«; darum »Wiederherstellung« der »politischen Verantwortlichkeit der maßgeblichen Stellen«, »Handelsfreiheit« der »amtierenden Regierung, losgelöst vom täglichen Wechselspiel des Parlamentarismus« – kurz: *Liquidierung des Parlaments*. Denn freiwillig wird es sich »niemals der Erkenntnis beugen, daß auch Nichtkönnen verpflichtet insofern, als der Nichtkönnende von Dingen, von denen er nichts versteht, sich fernhalten muß.« (a.a.O.)

Zwei Momente sind es, die beide Lageskizzen prägen:

– das industrielle Gesamt-Interesse ist in eine *politische Krise* geraten: innerhalb des parlamentarisch-demokratischen Entscheidungsprozesses vermag es sich nicht mehr so effektiv durchzusetzen, wie es seinen Repräsentanten als unabdingbar erscheint; deshalb

– startet es eine *politische Offensive* mit dem Ziel, an den parlamentarisch-demokratischen Institutionen Korrekturen zu erreichen, die seine Einflußbahnen wieder glätten können, was vor allem heißt: Entmachtung der »Massen«.

Der faschistische »Ausnahmestaat« (Poulantzas) ist das historische Ergebnis dieser politischen Konstellation. Ob es sich in ähnlicher Form wiederholen kann: die Frage lohnt, seit-

dem des atomaren Stillstands wegen jene alten Tendenzwenden-Stimmung merklich neuen Boden gewinnt.

Die vergleichende Analyse wird in vier Schritten vorgehen: 1. der Konflikt des großen Kapitals, speziell seiner schwerindustriellen Fraktion, mit dem »Weimarer System«; 2. der faschistische Ausnahmezustand als historische Konfliktlösung; 3. der Konflikt des großen Kapitals, speziell seines atomindustriellen Komplexes, mit dem »Bonner System«; 4. der korporatistische Sicherheitsstaat als mögliche Konfliktlösung.

1. Politische Krise und industrielle Strategie in der Weimarer Republik

Poulantzas (1973) hat den deutschen Faschismus charakterisiert als Staat der »Ausnahme« – vom normalen parlamentarisch-demokratischen Ritual in rechtsstaatlichen Bahnen.

Die Ausnahme setzt sich durch im Wechselspiel von Krise und Offensive:

– eine Krise der politischen Delegation: »Man kann einen Bruch des Verhältnisses zwischen der herrschenden Klasse und Klassenfraktionen und ihren politischen Parteien feststellen – und zwar sowohl in der Art und Weise der *Repräsentation* innerhalb des staatlichen Systems als auch in der Art und Weise der *Organisation*« (Poulantzas 1973, 73). Der Parteienwettbewerb versagt: vielfältig zersplittert, programmatisch parzelliert, in unendliche Querelen verstrickt, von eifersüchtig verteidigten Frontlinien durchzogen, gelingt es ihm, speziell am bürgerlichen Flügel, immer weniger, einen stabilen politisch-ökonomischen »Machtblock« zu repräsentieren und zu organisieren. Das politische System treibt in die Selbstblockade: seine Entscheidungsmechanismen laufen leer, seine ideologische Ausstrahlung verliert zusehends an klassenübergreifendem Effekt. Kurz: die Herrschaft der Bourgeoisie bröckelt ab – Staat und (damit) Gesellschaft werden »unregierbar«. Diese Tendenz wenden soll

– eine »offensive Strategie seitens der Bourgeoisie« – sie erzwingt die Ablösung jener »Hampelmänner der Agonie des parlamentarischen Kretinismus«, denen es nicht mehr gelungen ist, ihren Repräsentationspflichten wirkungsvoll nachzukommen. Vor dem Exitus rettet sie auch nicht die hektisch eingeleitete Selbstradikalisierung; der Kurs einer »Versteifung' des Staates *in seiner bestehenden Form*« scheitert in wiederholten Anläufen an dem Projekt, die Klassenbeziehungen gesellschaftlich zu reorganisieren – bis er schließlich gestoppt wird: Brüning – v. Papen – Schleicher (vgl. Poulantzas 1973, 74, 79).

In dieser Reihe markiert Hitler den abrupten Übergang zum Faschismus und damit das Ende einer langen Kette groß-, besonders aber schwerindustrieller Attacken auf das »Weimarer System«. Deren auffälligste sind gewesen:

– 1923 im Schutze der französischen Ruhrbesetzung die schwerindustrielle Liquidation des 8-Stunden-Tages und Wiedereinführung eines Zwei-Schichten-Systems – so Vorkriegs-Ausbeutungsverhältnisse restaurierend: »Die Eisen- und Stahlindustriellen konnten für sich das Verdienst beanspruchen, daß die Doppelschicht in den schwerindustriellen Schichtbetrieben wieder eingeführt und die Arbeitszeit im Bergbau und in den verarbeitenden Industrien schonungslos ausgedehnt wurde« (Feldman/Homburg 1976);

– 1927 die als konzertierte Aktion organisierte, mittels eines Kampffonds gesicherte Abwehr des erneuten Anlaufs von Reichsregierung und Gewerkschaftsmehrheit, in der Eisen- und Stahlindustrie das Drei-Schichten-System (samt beschränktem Lohnausgleich) verbindlich zu machen: ihn zu stoppen, gelingt dem Unternehmerbündnis unter Androhung ei-

ner industrieweiten Betriebsstilllegung, allerdings auch in der klaren Erkenntnis, den »Übergang von einer hinhaltenden Verzögerungstaktik zu einer Offensive in der Sozialpolitik« wagen zu müssen (Weisbrod 1978, 363), weil anders Kräfteverschiebungen nicht dauerhaft blockiert werden könnten. Dieser Schritt geschieht

- 1928 im spektakulären Ruhreisenkonflikt, der, sichtbar wie nie zuvor, die sozialpolitische Auseinandersetzung zur globalen Herausforderung des »Weimarer Systems« weitertreibt: »Auf Kosten einer Viertelmillion Arbeiter und auf Kosten eines schwer betroffenen Mittelstandes« (Preller 1978, 404) begegnen die - wieder einmal vorwegmarschierenden - westdeutschen Stahl- und Eisenindustriellen dem *staatlichen* Zwangsschiedsspruch nach den erfolglosen Tarifverhandlungen dieses Jahres mit der totalen Aussperrung ihrer Beschäftigten. Auf juristische Finten gestützt, wird hier zum Generalangriff gegen eine grundsätzlich abgelehnte gesellschaftspolitische Entwicklung geblasen - wobei diesem Flügel und, in seinem Windschatten, weiteren industriellen Kreisen schon

- 1930 mit dem Zusammenbruch der SPD-geführten großen Koalition ein entscheidender Vorstoß gelingt. Die überfällige Sanierung des Staatshaushalts liefert den gewünschten Anlaß für eine bündnispolitische Totalrevision gegen das Weimarer Parlament und seine tragenden Parteien: zwar nicht schlagartig, doch über das sich verschärfende Notverordnungsregime in konsequenten Schritten. Gehaltskürzungen, Lohnabbau und Gewerkschaftsentmachtung (durch Eingriffe in laufende Tarifverträge, unter Brüning noch an halbherzige Preiskontrollen gekoppelt), spürbare Verbrauchssteuererhöhungen, drastischer Abbau von Sozialleistungen (Arbeitslosen-, Kranken-, Rentenversicherung), aber steuerliche Entlastung der Wirtschaft: dieser Austeritätskurs (vgl. Preller 1978) liegt im besonderen Interesse des krisengeschüttelten Schwerindustriellagers, trifft freilich auch auf breitere Zustimmung und erntet scharfe Kritik allenfalls deshalb, weil er nicht radikal genug verfolgt wird.

Das Bild eines linearen Aufstiegs des großindustriellen Interesses zur Macht drängt sich auf - und ist doch falsch. Selbst im fortgeschrittenen Stadium bremsen Rückschläge den offensiven Schwung:

- 1931 als Folge des Bankenkrahns die Einführung einer staatlichen Bankenaufsicht und darüber hinaus tiefgreifende politische Interventionen in den »freien« Wirtschaftsablauf: »Am Ende der Krise war das Reich an den Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank) mit einem Drittel bis zur Hälfte des Aktienkapitals beteiligt« (Ronge 1979; vgl. Born 1967). Angesichts der weitreichenden Verflechtungen zwischen Finanz- und Industriekapital hat sich die öffentliche Hand damit den Hebel zu einem »staatskapitalistischen« Beherrschungsverhältnis verschafft - freilich ohne ihn einzusetzen. Immerhin, allein das Machtpotential war gefährlich genug und ist, kurze Zeit später, erneut bedrohlich angewachsen:

- 1932 anlässlich der sogenannten Gelsenberg-Affäre. Die »wohl aufsehenerregendste Transaktion der Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik« (Köhler 1974) beschert dem Reich eine dominierende Stellung beim mächtigsten deutschen Stahlkonzern, den »Vereinigten Stahlwerken« (Marktanteil; ca. 50 %): dank einer Aktienmehrheit bei der Gelsenkirchener Bergwerks AG, zu der ein Aufkauf des Flick'schen Aktienpakets die Basis legt. In seiner finanziellen Not hatte Flick das private Überlebensinteresse bedenkenlos vors kapitalistische Allgemeininteresse an »staatsfreier« Wirtschaft gestellt und lädt nun den versammelten Unternehmerzorn auf sich - dem auch dies ein »Schritt zum Staatskapitalismus« scheinen will (Gutehoffnungshütten-Chef Paul Reusch; vgl. Volkland 1963).

Zwei Merkmale kennzeichnen diese zugleich ökonomische und politische Daueroffensive: ihr *labiler* Zustand und der *destruktive* Charakter – eine doppelte Beschränkung, die in jenem geläufigen Wort von den »Steigbügelhaltern« Hitlers plastisch zum Ausdruck kommt. Offenkundig sind dem industriellen Politikzugriff nur punktuelle Hilfestellungen möglich, mehr nicht – »reiten« müssen andere.

2. Krisenlösung in der Weimarer Republik: faschistischer Ausnahmestaat

Bankenkrach und Gelsenberg-Affäre demonstrieren im konkreten zwei Defekte kapitalistischer Reproduktion, die das Verhältnis der Industrie zum Staat, auch dem faschistischen, bestimmen:

- Profitkalkül und Konkurrenzverhalten *allgemein* machen den kapitalistischen Reproduktionsprozeß dauerhaft verletzlich und verhindern gleichzeitig eine umfassende Selbstorganisation: also Unfähigkeit zur *konstruktiven* politischen Aktion;
- *unterschiedliche* Profitkalküle und Konkurrenzpositionen erzeugen widersprüchliche Vorstellungen davon, ob, wann, wie und in welcher Tiefe staatliche Interventionen notwendig seien: also die Unfähigkeit zum *stabilen* politischen Bündnis.

Beide Schranken sind nur in einer historischen Ausnahmesituation überwunden worden, jedenfalls ansatzweise: 1918, als sich Unternehmer- und Gewerkschaftsvertreter zur »Zentralen Arbeitsgemeinschaft« verbündet haben (vgl. Zunkel 1974). So extrem die Lage war – zerfallene Staatlichkeit, revolutionäre Gefahr, allseitige Kooperationsbereitschaft –, so ungewöhnlich mußte der Ausweg sein: »In dieser kritischen Stunde des Vaterlandes fanden sich auf beiden Seiten Persönlichkeiten, die über alle Parteien und Verbände hinweg nunmehr aus eigenem Entschluß den Weg zur Verständigung und zum gemeinsamen Handeln suchten. Diese Männer haben das historische Verdienst, durch ihren Mut zur Verantwortung wesentlich dazu beigetragen zu haben, daß das Deutsche Reich vor dem Chaos und der bolschewistischen Revolution bewahrt blieb.« (Erdmann 1966, 98f.)

Die späteren Krisen der vorfaschistischen Ära haben bei aller Schärfe nicht mehr jenen Totalitätsgrad erreicht, dem eine geschlossene Unternehmerfront hätte ent wachsen können. Stattdessen ist sehr schnell das Normale zurückgekehrt: *ideelle* Allgemeininteressen zwar, doch im Wettstreit *realer* Sonderinteressen ohne »staatsfreie« Verwirklichungschance: »Wenn sich alle Gruppen des Großkapitals über die Notwendigkeit einer Offensive gegen die Arbeiterklasse und des Kampfes gegen die revolutionäre Bewegung einig sind, so bestehen unter ihnen in der Frage der Methode und des Tempos der Offensive erhebliche Meinungsverschiedenheiten und in der Frage der Anteilquote jeder kapitalistischen Gruppe an dem Ergebnis der Offensive wird ein regelrechter Konkurrenzkampf geführt, der nicht selten scharfe Formen annimmt.« (Dsenis 1933, 72) Nicht umsonst war der schwerindustrielle Block die treibende Kraft im Dauerkonflikt mit den Gewerkschaften – weil seine wirtschaftliche Misere integrative Strategien am allerwenigsten erlaubte; und diese Offensive war weniger Ausdruck *gesamtkapitalistischer* Verantwortung denn *innerkapitalistischer* Selbstbehauptung.

Unbeschadet des strukturellen Ungenügens (groß-)kapitalistischer Selbstpolitisierung – es bleibt ihre prinzipielle Wünschbarkeit, zumal angesichts einer sozialdemokratisch oder »staatskapitalistisch« programmierten Regierungsgewalt. Im Gelsenberg-Skandal postuliert jener erwähnte Paul Reusch so heroisch wie vergeblich das uneigennützigste Opfer fürs grö-

ßere Ganze: »Das Interesse der Gesamtwirtschaft und des gesamten deutschen Volkes fordert unbedingtes Festhalten an der Privatwirtschaft, es steht höher als das Interesse eines einzelnen oder einzelnen Unternehmens.« Und um dieselbe Zeit herum wird seitens der westlichen Schwerindustrie die kämpferische Parole ausgegeben: »Unternehmer an die Front«. Wer »einen neuen, besseren Kurs« des »Staatsschiffs« haben wolle, so legt man sich Rechenschaft ab, »wird nicht nur mit Worten kämpfen, sondern sich darüberhinaus zur aktiven politischen Tat entschließen müssen.« Aufwärts könne es nur dann gehen, »wenn der deutsche Unternehmer, wie er es auf seinem engeren Arbeitsgebiet gewohnt ist, nunmehr auch politisch in die Bresche springt und sich den ihm gebührenden Platz am Steuer des Staates sichert.« (Langnam-Verein, 1930)

Am parlamentarisch-demokratischen »Steuer des Staates« sitzen – und saßen damals – die *Parteien*. Sie haben den Zugang zur politischen Macht monopolisiert. Jedes nicht-abenenteuerliche Politikengagement des Unternehmertums startet daher mit Parteikontakten – und dem paradoxen Plan, Parteipolitik parteipolitisch zu überwinden. Den typischen Suchprozeß hat Antonio Gramsci beschrieben: »Es stellt sich das Problem, ob die Großindustriellen eine eigene, permanente politische Partei haben. Es scheint, die Frage muß negativ beantwortet werden. Die Großindustriellen bedienen sich nacheinander sämtlicher existierender Parteien...« (1969, 307).

Um dieses »Schachspiel« möglichst effektiv zu organisieren, legt sich das schwerindustrielle Lager Ende 1927 ein hochkarätig besetztes politisch-strategisches Koordinierungsinstrument zu: die sog. »Ruhrlade«. Ihr Zweck ist es, dem allgemein geteilten Wunsch nach einem *starken Staat* (noch) innerhalb des Weimarer Systems konzentrierten Nachdruck zu verleihen: mittels gezielter, also *konstruktiver* Förderung eines bürgerlich-konservativen Parteizusammenschlusses, der das zersplitterte Mitte-Rechts-Spektrum ablösen und für klare (mehr oder weniger) parlamentarische Verhältnisse sorgen soll. Denn wenn es »den bürgerlichen Parteien nicht gelingt, sich durchzusetzen und sich zusammenzufinden«, diagnostiziert damals RDI-Geschäftsführer Kastl, »bedeutet das einen völligen Zusammenbruch der Parteienwirtschaft« – und damit die völlige Blockade kapitalistischer Tendenzwende-Absichten, wenigstens im Rahmen des politisch-institutionellen Status quo (vgl. Weisbrod 1978, 472).

Freilich, die »Ruhrladen«-Strategie erweist sich als politischer Fehlschlag. Schon für den ersten weiterreichenden Interventionsversuch, eine Parteispenden-Aktion anlässlich der Reichstagswahlen 1930, läßt sich rückblickend das totale Scheitern diagnostizieren: »In diesem Nervenkrieg« – zwischen einigungserpichteten Industriellen und kleinlichen Parteigoisten – »hatten die Politiker gesiegt: sie hatten das Geld der 'Ruhrlade' bekommen, ohne ihre Handlungsfreiheit aufzugeben.« (Turner 1972, 133) Im weiteren Verlauf zeichnet sich dann immer klarer ab, wie selbst innerhalb des eng umgrenzten Branchenhorizonts permanente Differenzen den *stabilen* Konsens verhindern: politisch verlängertes Konkurrenzdenken bricht so stark durch, daß Kohlen- und Eisenseite früh wieder auseinander gehen; nach dem Gelsenberg-Fall schließlich sind selbst die Stahlrepräsentanten nicht mehr an einen Tisch zu bringen (Turner 1972, Hentschel 1978).

Noch eklatanter scheitert der industrielle Marsch an die »Front«, sooft er von passiver (finanzieller) zu aktiver Teilnahme fortschreitet – besonders eindrücklich dem Fall Hugenberg abzulesen. Aller abstrakten Einsicht ungeachtet, steuert das großkapitalistische Politiktreiben dem Spaltungstrieb des bürgerlichen Flügels keineswegs entgegen, es intensiviert ihn sogar und rückt den starken Staat immer weiter weg.

Zwei Momentaufnahmen mögen diese destruktive Kraft der direkten Aktion beleuchten, beide Hugenbergs Spalterrolle in seiner eigenen Partei (DNVP) betreffend. Einmal anlässlich des »Volksbegehrens gegen den Young-Plan«, das Reichsregierung und -minister bestrafen lassen will, falls sie durch eine Annahme jener Reparationsregelung die deutsche »Kriegsschuld« bestätigen: »Besonders in der Reichstagsfraktion (der DNVP) beschleunigte das 'Kriegsschuld'-Volksbegehren mehr als andere Spannungen, die zwischen den Radikalen um Hugenberg und einem gouvernemental gesinnten Flügel bestanden, jenen Verfallsprozess, der schließlich in der Spaltung der DNVP und der Gründung der Volkskonservativen Partei endete.« (Bergahn 1978, 443) Das andere Beispiel charakterisiert eine Phase kurz danach: »Die wiederholten Anläufe Hugenbergs, Brüning zu stürzen, widersprachen mindestens über weite Strecken den Auffassungen in der westdeutschen Industrie. Nachdem 1929 bereits der Arbeitnehmerflügel die DNVP weitgehend verlassen hatte, schieden im Verlaufe der innerparteilichen Auseinandersetzungen über die Beurteilung von Brünings Politik auch wichtige deutschnationale Industrievertreter aus ihren Funktionen« – unter anderem die Protégés der »Ruhrlade« (Hoepke 1974, 916).

Über persönliche Eskapaden hinaus enthüllen diese Episoden ein strukturelles Politikmuster, dem Gramscis Rede vom *großindustriellen* Phänomen: Parteilosigkeit gelten mag. Das bürgerliche Scheitern an »hoher« Politik, wie es in den Weimarer Verhältnissen offenbar wird, wäre demnach ein spezifisch »monopolistisches« Phänomen – denn gerade die mit Monopolgruppen (wie der Hugenbergs) assoziierten Parteien sind dem bornierten Zugriff ihrer mächtigen Klientel so unmittelbar ausgeliefert, daß ihnen Kompromiß- und Mehrheitsbildung nicht gelingen kann. Anders gesagt: in gleichem Maße, wie der großindustrielle Block, vereint oder gespalten, eine Partei zu *seiner* Partei macht, verliert sie für ihn an Wert.

Wie dem auch sei, fest steht jedenfalls: Wenn die einheitliche Staatsgewalt für das große Kapital notwendig und zugleich von ihm nicht nur nicht erzeugt, sondern sogar permanent behindert wird – durch kontraproduktive Überwältigungs- oder blockierende Zersplitterungseffekte – dann impliziert der Ruf nach *mehr Staat* zwangsläufig den nach *mehr Distanz* im Sinne einer stärkeren Entkoppelung von Politik und Ökonomie.

Diese »relative Autonomie« (Poulantzas), den Zeitgenossen unter der Formel geläufig: »Gesunde Wirtschaft im starken Staat« (Langnamverein-Geschäftsführer Schlenker, 1932) wird immer entschiedener von einem *künftigen* Staatsgebilde erwartet, nachdem das existierende, im »Wechselspiel des Parlamentarismus« gefangen, dafür offensichtlich keine Chancen bietet. Auf den »normalen« Staat ist nicht mehr zu setzen, dem *Ausnahme*-Staat soll die Zukunft gehören. Um die »Diktatur der Politik (mit stark parteipolitischen Einschlag) über die Wirtschaft« zu beenden (Heinrichsbauer 1930), wird die Diktatur der Politik verlangt – ohne parteipolitischen Einschlag. Wie sie genau aussieht, darüber existieren auseinandergehende Vorstellungen: berufsständische Vorstellungen wechseln sich mit faschistischen ab, integrative Strategien wetteifern mit repressiven (vgl. Winkler 1973). Gemeinsam ist ihnen

- der Gedanke an »die Notwendigkeit einer Offensive gegen die Arbeiterklasse« und
- die Spekulation auf eine maximale »Anteilquote« fürs eigene Lager (Unternehmen, Branche) »an dem Ergebnis der Offensive« (Dsenis 1933).

Auf die *faschistische* Variante des AusnahmeStaats einigt man sich erst, als es zwischen Alternativen nichts mehr zu wählen gibt – dann freilich umgehend: »Durch die Wahlen (vom März 1933) ist die Grundlage für ein stabiles Regierungsfundament geschaffen, und

es sind damit die Störungen beseitigt, die sich aus den ständigen politischen Schwankungen der Vergangenheit ergeben und die wirtschaftliche Initiative stark gefährdet haben. Für den notwendigen tatkräftigen Wiederaufbau kommt es darauf an, die Sammlung und Mitwirkung aller aufbauwilligen Kräfte herbeizuführen. Die deutsche Industrie, die sich als einen wichtigen und unentbehrlichen Faktor für den nationalen Aufbau betrachtet, ist bereit, an dieser Aufgabe tatkräftig mitzuwirken, und der Reichsverband der Deutschen Industrie – als ihre wirtschaftliche Vertretung – wird alles tun, um der Reichsregierung bei ihrem schweren Werke zu helfen.« (RDI-Mitteilung; zit. nach Wengst 1980)

Der faschistische Ausnahmezustand ist also keine »monopolistische« Verschwörungstat – weder vom *Effekt* her wirklich (was seit langem feststeht) noch den *Mitteln* nach möglich, bedingt durch systematische Schranken des großindustriellen Eingriffspotentials (worum es hier geht). Das Weimarer Großkapital, besonders jener westdeutsche Kohle-Eisen-Flügel, kann ab 1930 die Hitler-Variante als eine von mehreren realen Möglichkeiten ins Kalkül ziehen. Sehr viel stärker auf den berechenbar autoritären v. Papen fixiert, steht es aber dem faschistischen Durchbruch eher ohnmächtig und orientierungslos gegenüber (Hentschel 1978): was nur heißt, daß ihm versagt bleibt und bleiben muß, seinen antidemokratischen Zerstörungsplan nach eigenem Gutdünken konstruktiv umzusetzen.

Dies ist das Schicksal der »Steigbügelhalter«.

3. Politische Krise und industrielle Strategie in der Bundesrepublik

Bonn und Weimar gleichen sich auf jeden Fall darin, daß heute wie damals ein (groß-)industrielles Interesse daran besteht, den Staat von seinen parteipolitischen Fesseln befreit zu sehen – zumindest gelockert sollen sie werden.

Die Klagen sind Legion: »Zu häufig werden Sachfragen politisiert im schlechten Sinne, nämlich nicht um der Polis, der Allgemeinheit zu dienen, sondern für vordergründige tagespolitische Interessen.« (aus: Elektrizitätswirtschaft, 1979) – »Die Öffentlichkeit kann nicht den Sachverstand aufbringen, den Betreiber, Hersteller, Genehmigungsbehörden und Gutachter getrennt voneinander und mit unterschiedlicher Interessenlage einsetzen. Die Erfahrung zeigt, daß mehr Öffentlichkeit nicht zu größerer sachlicher Kritik führt, sondern sich überwiegend in zusätzlichen, zeitraubenden Diskussionen erschöpft.« (Heinrich Mandel, RWE, 1976) – »Planen und Bauen von Kraftwerken zwingen uns dazu, in ungewöhnlich langen Zeitspannen zu denken; in ganz anderen Zeitspannen als manche – beileibe nicht alle (?) – Politiker, die zunächst einmal die nächste Wahl gewinnen wollen, wohlgermerkt die nächste Wahl und nicht die übernächste, die erst dann in fernen weiteren vier Jahren stattfindet.« (Klaus Barthelt, KWU, 1978) – »Um die Vertrauenskrise zu überwinden, sind eindeutige politische Entscheidungen notwendig. Für die Politiker ist es jedoch schwer, in der pluralistischen Demokratie die Verstrickung mit den Stimmungen der Massen und den Interessen der Gruppen zu durchbrechen.« (aus: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, 1979) – »Das einzig brauchbare Mittel, Öl zu ersetzen, ist der volle Einsatz von Kernenergie. Jeder Kundige weiß dies, und es wird immer wieder deutlich gemacht. Allein die Politiker beugen sich dem Druck der Straße und wollen sich mit den Begriffen der »Restenergiemenge« und der »offenzuhaltenden Option« von der Verantwortung drücken.« (HEW-Hauptversammlung 1980)) – diese Leier, im Zentrum des atomindustriellen Komplexes lautstark angestimmt, findet weite Resonanz: angefangen bei direkt Geschädigten – vor allem den großen Energieverbrauchern (Eisen, Stahl, Metall, Chemie),

die besonders ungeduldig nach billigem (?) Atomstrom rufen – bis hin zu Propagandisten des kapitalistischen Gesamtinteresses, denen es darum geht, rechtzeitig und konsequent dem technikfeindlichen »Zeitgeist« zu wehren. Verantwortungsscheu, Kurzsichtigkeit, Unverständnis, Massenhörigkeit: deshalb herrscht bei uns statt des Gemeinwohls die »Straße« – industrielle Krisenlogik heute wie vor 50 Jahren.

Die Parallele geht noch weiter – denn ein zweites Mal wird deutlich, daß die »politische Offensive der Bourgeoisie« (Poulantzas), hier: des großindustriellen Blocks und seiner »organischen Intellektuellen« (Gramsci), rein *destruktive* Züge trägt – diesmal in Form populistisch ausgestreuter Katastrophenvisionen. Man will Angstpsychosen erzeugen, um den atomfeindlichen »Sumpf« schocktherapeutisch auszutrocknen. Das apokalyptische Spektrum reicht dabei vom alltäglichen Komfortverlust über dramatische Arbeitsplatzverluste bis hin zum abendländischen Kultur- und geophysikalischen Weltuntergang:

– als »Alptraum« wird »sorgenvoll« unters Volk gestreut, daß sein berechtigter Lebensstandard, speziell die »Substitution der Ölheizung aus der Steckdose«, eine verheerende Wendung heraufbeschwören müsse, weil nicht rechtzeitig genügend Kernkraftwerke dazu gebaut worden seien: »Wenn fünf Millionen Haushalte«, so die scheinheilige Rechnung, »ein Zwei-Kilowatt-Heizöfchen zuschalten, gibt das einen Bedarfssprung von 10000 Megawatt. Das wäre in Zeiten hohen Bedarfs mehr, als unsere Elektrizitätswerke in Reserve hätten.« (Kernenergie und Umwelt, 7/79) Den in Gedanken frierenden Massen wird eingebläut, daß nur der starke Staat auch ein warmer Staat sein könne;

– »Die Chemie«, und mit ihr weitere einschlägige Branchen, »denkt über andere Standorte nach«, genau kalkulierend, daß die Horrorvorstellung massenhafter Arbeitslosigkeit wie kaum ein zweiter Schreckfaktor breite Bevölkerungsschichten mobilisieren kann. Speziell Frankreich, so geht die Erpressung weiter, werde wegen seines massiven Kernkraftausbaus »immer interessanter«. Und der bedrohliche Schluß: »Für das Geschäft ist es gleichgültig, ob eine Produktionsanlage links oder rechts des Rheines steht.« (FAZ, 27.3.81) Den arbeitsamen Massen wird prophezeit, daß ihr Broterwerb gefährdet sei;

– Arnold Thoynebes »Formel von Challenge und Response« muß als Zeugnis dafür herhalten, daß »die westliche Zivilisation zum Untergang verurteilt« sei, wenn sie sich von ihren Energiequellen abschneiden lasse. »Auf die Challenge, die Herausforderung des sowjetischen Griffs nach Afghanistan, müssen wir auf Tod oder Leben die Response, die Antwort einer Erschließung neuer Energiequellen oder einer Sicherung der Ölquellen am Golf finden.« (Tilo Koch, 1980) Den friedlichen Massen wird suggeriert, sie könnten nur zwischen dem zivilen und militärischen Atomrisiko wählen;

– »Durch die industrielle Tätigkeit des Menschen«, verlautbart eine interessierte Wissenschaft, »hat sich während der letzten 100 Jahre der Kohlendioxidgehalt der Erdatmosphäre bereits um mehr als 10% gesteigert. Es liegt nun in der Natur der geophysikalischen Kräfte, daß eine weitere, noch schnellere Zunahme der Kohlendioxidkonzentration in der Luft eine gefährliche Lawine ins Rollen bringen wird. Man hat es heute schon verlässlich berechnet, daß sich die Erde bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts dann so stark erwärmen wird, um das gesamte Eis der nördlichen Polarkappe abzuschmelzen. Dies könnte einen katastrophalen Klimasturz zur Folge haben, welcher die Welt ernährung ernsthaft in Frage stellt.« (Heinz Haber, 1977) Den satten Massen wird nahegebracht, ihrer Borniertheit wegen würden die Kinder und Kindeskinde wohl elendiglich zugrunde gehen.

In dem Maße aber, wie solche Erpressungsversuche nicht verfangen, steht »das« Kapital politisch hilflos da.

Endlich vervollständigt sich die Parallelität insofern, als den industriellen Atomblock schon deutliche Risse »verunstalten«: ökonomische Konkurrenzbeziehungen mit dem erwartbaren Effekt, daß das Nuklearbündnis *labil* wird und sein politischer Feldzug pro Kernkraft, selbst wenn er im allgemeinen Interesse läge, an destruktiver Stoßkraft spürbar einbüßt. Wenigstens mehren sich im Unternehmerlager jene (gewichtigen) Stimmen, die den atomaren Weg für technisch obsolet, moralisch verschlissen und politisch gescheitert erklären – meist, um stattdessen ihr eigenes Verwertungsinteresse, etwa an der Sonnenenergie, als wirklich öffentliches zu propagieren. Manchmal verschleiern abstrakte Überlegungen dieses Kalkül: etwa, wenn es einen aufsteigenden Solar-Profiteur vor »20 000 Kernkraftwerken in der Welt« grausen will (Ludwig Bölkow, MBB, 1980). Manchmal wird das Nullsummenspiel auch offen gespielt: »Die Ölkrise einerseits, die Proteste zur Nutzung der Kernenergie andererseits (!), die Exporte in sonnenreiche Länder schließlich geben der Solarindustrie kräftige Impulse.« (Bernhard Stoy, Vorsitzender des Bundesverbandes Solarenergie, 1980). Wer sein Kapital energieflexibel angelegt hat, kann sich auch gesamtkapitalistisches Verantwortungsbewußtsein erlauben: »Kernenergie darf der Bevölkerung nicht übergestülpt werden«, so VEBA-Chef v. Bennigsen-Foerder (1981).

Kernkraft-Kritiker, mit welchen Absichten immer, erwachsen der Industrie zunehmend aus den eigenen Reihen. Das umso mehr, je länger die politische Blockade anhält und dabei Problem auf Problem häuft: Entsorgung, Zwischenlager, Endlagerung, Wiederaufbereitung, Schneller Brüter, Hochtemperatur-Reaktor – alles im Angesicht dramatisch verschärfter Finanz- wie Akzeptanzschwierigkeiten. – Offenkundig drängt die Zeit.

4. Krisenlösung in der Bundesrepublik: korporatistischer Sicherheitsstaat?

Die weitere Verwertung Weimarer Erfahrungen begegnet einer Schwierigkeit: Faschismus, materiell begriffen als Diktatur über das Proletariat, fällt im Atomkonflikt vorläufig schon darum nicht an, weil hier Kapital und (organisierte) Arbeit Seite an Seite streiten.

Doch auch die denkbare Perspektive des »Faschismus« gegen eine neue soziale Bewegung lohnt den Vergleich, analytisch und politisch: denn viele der aktuellen Debatten kreisen ausdrücklich oder stillschweigend um eben das Thema.

Der Fall Weimar gibt, kurz gefaßt, diesen »Fahrplan« vor: Das (groß-)bourgeoise Interesse gerät in eine politische Krise (1), sucht die politische Offensive (2) und setzt an, seine Fesseln durch destruktive Aktionen abzustreifen (3) – bleibt freilich drauf verwiesen, daß autonome politische Kräfte seine Initiative »konstruktiv« umsetzen (4). Nach den ersten drei Phasen des Transformationsschemas steht jetzt die vierte zur Debatte, damit auch das Problem funktional äquivalenter Krisenlösungen (Poulantzas 1978, Hirsch 1980).

Jenen *faschistischen* Abbruch der parlamentarischen Obstruktion besorgte eine *Parteidiktatur* – zwar letztlich im Sinne des großkapitalistischen Blocks, doch außerhalb seiner Kontrolle. Die Frage nach dem »neuen« Faschismus entscheidet sich daher weniger am objektiven Bedürfnis dieser oder jener Industriebräute; den Ausschlag gibt vielmehr das allgemeine politische, speziell parteipolitische »Klima«.

Die Lageskizze ergibt folgendes Bild: Obwohl am atomaren Streit samt seinem politischen Umfeld (Technik-, Wachstums-, Eigentums-, Sicherheits-, »Kultur«-aspekte) langfristig das gesamte MODELL DEUTSCHLAND zerbrechen könnte, schwingt sich keine der den Status quo beherrschenden und von ihm profitierenden Parteien zur konsequenten Aktion auf – sie haben eine andere Situationsdefinition.

»Kernenergie unverzichtbar, aber politisch nicht akzeptiert« (Helmut Schmidt, 1979) – in dem Dilemma entscheiden sich die etablierten Parteien völlig konsequent und ungeachtet sonstiger Differenzen einheitlich für ihr politisches Überleben, gegen das ökonomische Gebot; denn: »Eine Regierung« – oder eine ambitionöse Opposition – »kann immer nur einen Schritt vor der öffentlichen Meinung sein, wo sie zwei Schritte voraus ist, gefährdet sie ihre Existenz.« (Eppler 1978, 82)

Im Bild geblieben: Erst wenn eine öffentliche Atmosphäre, jedenfalls massive Schichten davon, an den Umschlagpunkt vordringt, wird der »revolutionäre« Wechsel (partei-)politisch machbar. Und allein unter dieser Voraussetzung ist es nicht paradox, daß Parteien zugleich etabliert *und* radikal sind – also jenen außergewöhnlichen Doppelcharakter annehmen können, dem das faschistische Lager seinen durchschlagenden Erfolg verdankt hat. Oder anders gesagt: Damals stand den Machtergreifungsplänen eine aus konkreter Elends- erfahrung entwurzelte Masse ohne Perspektive zu Gebote – die heute sehr viel stärker »eingegraben« scheint, verklammert mit der »Versicherungsgesellschaft« BRD (Wolf-Dieter Narr), allergisch gegen abenteuerliche Experimente.

Nicht einfach wegen selbstverschuldeter Inkompetenz scheitert das Parteiensystem am Kernkraft-Konflikt, sondern weil es gewissermaßen leerläuft: Die Kernkraftbefürworter, eine hauptsächlich schweigende Mehrheit, sind in der Defensive, sie kleben am Status quo aus Scheu vor *allen* Risiken und versagen sich *jedem* Experiment. Ihre Einstellung ist ambivalent, gezeichnet von relativer Zufriedenheit mit dem bisher Erreichten und beträchtlicher Sorge ums zukünftige Wohl – beide Stimmungen in gewisser Weise »energieabhängig«. 75% aller Deutschen fühlen sich mehr oder weniger »glücklich«, 88% kennen keine oder nur gelegentliche Einkommensprobleme, bloß 6% glauben, daß es ihnen schlecht gehe – ohne ausreichende Energie wäre diese Lebensqualität nicht denkbar (vielleicht eine andere, dann aber ungewohnte). Freilich: Jeder Dritte befürchtet schwerere Zeiten.

Weshalb? Ganz bezeichnend rangieren *Atomkrieg* und *Atomkraft* gleich weit vor allen übrigen Risikofaktoren (vgl. Tacke 1979). Das interessierte Katastrophenkalkül verfängt also nur halb: Zwar erzeugt es den eingeplanten Horror vor dem atomaren Schlag im Kampf ums knappe Erdöl, doch reicht dieser Schock nicht aus – der friedfertig herbeigeführte Kernkraftterror behält seine Schrecken. Die gespaltene Seele reproduziert sich im Kollektiv: »Zwei große Lager – demoskopisch als etwa gleich stark ausgewiesen – haben sich in der Kernenergie-Debatte in der Bundesrepublik gebildet. Die einen sehen die Vorteile und Notwendigkeiten, bei den anderen überwiegen die Risiken.« (Informationskreis Kernenergie, 1979) Und, was noch schwerer wiegt, von drei Atomkraftsympathisanten sind zwei dagegen, daß neue Kernkraftwerke errichtet werden (a. a. O.).

Jenes alle Parteifronten überspringende Zurückweichen vor der atomaren De-zision ist darum, auch wenn immer wieder »feige« gescholten, nichts anderes als die politisch vernünftige Reaktion stimmenmaximierender Parteistrategen auf verbreitete Zweifel am Sinn des friedlich-atomaren Risikos. So schlecht geht es eben niemand, daß er sich seine Zukunft ohne lebensgefährliche Kernkraftbauten überhaupt nicht mehr vorstellen könnte und dafür bereit wäre, »auf die Straße zu gehen«. Leere Drohungen (mit »verlöschenden Lichtern« tun ein übriges, ganz zu schweigen von den Katastrophen à la Harrisburg. Fazit: Für den parteidiktatorisch erzwungenen Übergang zum »faschistischen« Atomstaat fehlt die massenhaft mobilisierbare Basis – hier liegt eine *erste Abweichung* von prinzipieller Bedeutung.

Damit wäre das Fiasko des Kernkraft-Interesses dann noch keineswegs beschlossen, wenn

jene augenblicklich einflußreiche These stimmen würde: daß der normale Gang, wie er sich zwischenzeitlich eingependelt habe, auf einen »autoritären Etatismus« (Poulantzas 1978) oder korporatistischen »Sicherheitsstaat« (Hirsch 1980) hinauslaufe. Denn diese Regimeform hätte »die bestehenden Parteikonstellationen überrollt«, »überkommene politische Grenzbeziehungen überständig werden« lassen (Hirsch 1980, 44) und so das traditionelle Parteiensystem samt seiner lästigen »Massenhörigkeit« systematisch abgehängt.

Korporatistisch heißt: Das soziale Fundament dieses Herrschaftskomplexes wird durch die »Einbindung der Gewerkschaftsbürokratie in staatliche Entscheidungsprozesse« gelegt. Bei »gleichzeitiger Verwischung der Grenzlinien« zu den kooperierenden »Konzernschaltstellen« resultiert daraus – moderiert vom sozialdemokratisch gelenkten Staatsapparat – ein Machtblock neuer Art. Neu deswegen, weil, anders als noch in Weimar, die parlamentarisch-parteiliche Ebene immer mehr aus dem politischen Entscheidungszentrum gedrängt und auf das »Amt« der reinen Legitimationsbeschaffung beschränkt wird: offiziell Strategien beschließend, deren Formulierung tatsächlich Sache »konzertierter« Regulierungskartelle ist (vgl. Hirsch 1980, 19ff., 98ff.).

Sicherheitsstaat heißt, daß administrative Kontrollorgane (Polizei, Verfassungsschutz, Sozialarbeit) zunehmend in jene sicherheitsempfindliche Bresche springen, die als Ordnungsgarant das »massenintegrative« Organisationssystem (speziell: Sozialdemokratie, Gewerkschaften) nach seiner staatspolitischen Inkorporierung hinterlassen hat. Eine »relative Entkopplung der massenintegrativen Apparate von den sozialen Zusammenhängen und konkreten Interessensfeldern« (Stichwort: Volksparteien) wird so tendenziell wieder wettgemacht, entfremdende Distanzierung durch flächendeckende Überwachung ausgeglichen (Hirsch a. a. O.).

Während beim faschistischen Ausnahmezustat Massen*unterdrückung* und Massen*mobilisierung* sich wechselseitig ergänzen, kombiniert der korporatistische Sicherheitsstaat Massen*integration* und Massen*kontrolle*. Dieser Unterschied im Kern umschließt verschiedene Differenzen:

- jener ersetzt die regulären Institutionen (Parlament, Parteien, Gewerkschaften) durch ein neu nach seinen Bedürfnissen konstruiertes Organisationssystem (Einheitspartei, Korporationen etc.); dieser wirkt – bei äußerlich unveränderten Kulissen – als »permanentes Dispositiv« neben dem offiziellen Staat, mit ihm in »funktionaler Überlagerung und ständiger Osmose« verknüpft (Poulantzas 1978, 192). Also *Bruch* versus *Kontinuität*; darin ist impliziert:

- jener tritt auf, nachdem der politische Entscheidungsprozeß blockiert ist und »nichts mehr läuft«; dieser versucht dem Stillstand durch zeitige Eingriffe repressiver oder »sozialhygienischer« Natur vorzubeugen. Also *Rekation* versus *Prävention*; daraus folgen zwei Organisationsformen:

- jener etabliert sich auf den breitgewalzten Spuren massenhaft mobilisierter Unzufriedenheit; dieser wird – über die Köpfe der apathischen Menge hinweg – in elitären Aushandlungszirkeln durch strategische Cliques vorangetrieben. Also *Bewegung* versus »*Kartell*«.

Tatsächlich enthält das autoritäre Regime auch Spurenelemente seiner faschistischen Alternative (und umgekehrt), aber nicht in charakteristischer Ausprägung. Den politischen Parteien beschert diese mehrfache Strukturverschiebung gravierende Funktions- und Macht einbußen. Selbst dem konsolidierten Faschismus, dessen soziale Dynamik schon erstarrten Formen gewichen war, hat die Partei noch sichtbar ihren Stempel aufgedrückt (vgl. Neu-

mann 1977). Im autoritären Etatismus dagegen: eine tiefgreifende *Parteienkrise*, hervorgerufen durch »die Vertreibung aus den bis dahin eingenommenen Stellungen.« Denn heute »monopolisieren die Exekutive und die Verwaltung die Rolle der langfristigen Ausarbeitung des politischen Allgemeininteresses« und »der Reproduktion der Hegemonie« (Poulantzas 1978, 203). Anders gesagt: *Repräsentation* und *Organisation* des bürgerlichen Machtblocks fallen nicht mehr in den Kompetenzbereich von Parteien – was bedeutet, daß auch die politischen *Krisen* und *Offensiven* der Bourgeoisie woanders entstehen, nämlich am Verhandlungsort jener gesellschaftlichen Großbürokratien: Staats-, Gewerkschafts-, Konzernapparate.

Zweifellos treiben starke Kräfte des technokratischen Interventions- und Wohlfahrtsstaates in diese Richtung – doch, ganz abgesehen von ihren inneren Gegensätzen, sind sie nicht wirkungsvoll genug, um die auftretende Widerstände nachhaltig zu brechen.

Der atomare Stillstand dauert ja an – und er ist eingetreten, weil das *Parteiensystem* notorische Entscheidungsschwächen zeigt: nicht einmal perfekt operierende Bürokratien nach Herold'schem »Sonnenstaat«-Muster vermögen dagegen kompensatorisch etwas auszurichten. Augenscheinlich funktioniert eine Rollenverteilung nicht, welche den Parteien gerade noch »massenintegrative« Transmissions-, Kanalisierungs- oder Selektionsaufgaben übrig läßt, währenddessen in hermetisch abgeschirmten Entscheidungszentren sachbezogen den ökonomischen Zwängen gedient wird. Ebenso wenig funktionieren allem Anschein nach die »Dispositive« Repression und Überwachung als »Krisenreserve« (Hirsch) für geschundene Loyalitätsvorräte – dem Nuklearbetrieb wenigstens verleihen sie keinen ausreichenden Schwung.

Im Herrschaftskomplex des MODELLS DEUTSCHLAND sind dann morsche Stellen aufgetreten, als er – selbst auf *Entpolitisierung* angelegt – mit der politischen Anti-Atom-»Bewegung« konfrontiert worden ist. Diese *Repolitisierung* macht eine funktionale Ausdifferenzierung rückgängig, deren das Modell seiner technokratischen Basis wegen notwendig bedarf: die Trennung zwischen Entscheidung und Legitimation. Einerseits

– *Entscheidung*: sie ist eingebettet in »einen Prozeß außerordentlicher Rationalisierung«, der verlangt und mit sich bringt »eine Tendenz zur Objektivierung der Probleme, der Arbeitsmethoden und sogar Zielbestimmungen«; gefordert sind »rationale Denkweisen« und »konforme Verhaltensweisen«; andererseits

– *Legitimation*: begriffen als »dauerhafter Aufklärungsprozeß«, der »Erwartungen zu dämpfen und Verständnis für die Sachzwänge des öffentlichen Handelns zu stärken hat« – das der Parteienanteil (Johnson 1980)

Als »Ende der Ideologie« in einer nivellierten Gesellschaft friedlich austauschbarer »Volksparteien« ist diese neue Gewaltenteilung einstens zum Auftakt des Friedens der »posthistoire« (Arnold Gehlen) hochstilisiert worden. Heute sprechen dieselben (und andere) Kreise voller Sorge von »Identitätskrise« oder »Sinndefizit«.

Hier liegt die andere Schlüsselstelle des atomaren Stillstands und eine *zweite Abweichung* vom faschistischen Muster: den politischen Immobilismus »unten« ergänzt der politische Substanzverlust »oben«; beide Faktoren verstärken sich wechselseitig in ihrem Effekt, atomstaatliche Transformationsprozesse abzubremesen.

Fazit: Im Atomkonflikt können Repräsentation und Organisation des Machtblocks nicht ohne Parteien gelingen – ebensowenig aber mit den existierenden. Der korporatistische Sicherheitsstaat vermag die faschistische Lösung nicht einfach als funktionales Äquivalent zu ersetzen. Zwar stimmt, »daß die gewissermaßen unspektakuläre und lautlose Ausdehnung

der Überwachungs- und Kontrollnetze sowie die repressive Stabilisierung des korporativistisch verhärteten Massenintegrationssystems – und weniger politisches Rabaukentum, Chauvinismus und reaktionäre Massenmobilisierung – die passende politische Form für ein technologisch hochentwickeltes, weltmarktorientiertes und damit gegen unberechenbare Störungen des gesellschaftlichen Normalbetriebs allergisches Kapital darstellen.« (Hirsch 1980, 51) Doch hat es die kapitalistische Vorliebe für einen radikalisierten Mob noch nie gegeben. Er war das ungeahnte oder hingenommene Risiko eines »Steigbügelhalters«, der dafür besorgt sein mußte, daß sein Pferd anständig zugeritten würde.

5. Resümee

Der Gedankengang war: Mit seinen Kernkraftplänen stößt das (große) Unternehmertum, jedenfalls seine »moderne« Fraktion, an Regimegrenzen. Gegen diese parlamentarisch-demokratisch aufgerichteten Barrieren geht es offensiv vor, darin aber notwendig auf die destruktive Erschütterung des Status quo beschränkt. Daraus politisch-konstruktiv etwas zu »machen«, ist Sache von Parteien mit einem gesellschaftlichen Potential zum antidemokratischen Regimewechsel, wobei sich dessen Reichweite der unternehmerischen Kontrolle letztlich entzieht.

Unter *Weimarer* Verhältnissen ist dieses Schema bis an sein faschistisches Ende so abgelaufen – der Vergleich kann deshalb darüber aufklären, welche Faktoren einer Wiederholung *heute* im Wege stehen:

- die industrielle Verunsicherungstaktik prallt an einem sozialen Klima ab, das ökonomisch noch weithin gefestigt ist; der politische Immobilismus des Massenpublikums gerät darum nicht in Bewegung, womit jene gesellschaftlichen Turbulenzen fehlen, deren sich eine willige und fähige Partei populistisch bemächtigen könnte; doch
- es gibt auch diese Partei nicht, die ihre Fähigkeit zur politischen Führung einer sozialen Bewegung bewahrt hätte; vom technokratischen Sachzwang-Regiment der Großbürokraten »positivistisch halbiert«, folgt das desorientierte Parteiensystem seismographisch dem Trend, statt ihn diktatorisch zu bestimmen.

Solange sich daran nichts ändert, sind Faschismus-Diagnosen deplaziert – trotz mancher Parallelen im einzelnen. Davon unterscheidet sich die Frage, ob eine »faschistische« Atompolitik objektiv überhaupt noch erforderlich sei – eingedenk sinkender Wachstumsraten, angepaßter Verbrauchergewohnheiten, sparsamer Technologien und alternativer Energiequellen. In *diesem* Sinne notwendig, d. h. sachlich zwingend, war auch der »echte« Faschismus nicht.

Literatur

- Bergbahn, V. R. 1978: Das Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Ursprünge des Präsidialregimes, 1928 - 1930. In: Stegmann/Wendt/Witt, Industrielle Gesellschaft und politisches System. Bonn, S. 431ff.
- Born, K. E. 1967: Die deutsche Bankenkrise 1931. München.
- Czichon, E. 1967: Wer verhalf Hitler zur Macht? Köln.
- Dsenis, O. 1933: Der Faschismus und die Widersprüche im Lager der deutschen Bourgeoisie. In: Unter dem Banner des Marxismus, 7, S. 166ff.
- Eppler, E. 1978: Das Schwerste ist die Glaubwürdigkeit. Reinbek b. Hamburg.
- Feldmann, G., H. Homburg 1976: Industrie und Inflation. Hamburg.
- Gramsci, A. 1969: Philosophie der Praxis (hg. von C. Riechers). Frankfurt.
- Hentschel, V. 1978: Weimars letzte Monate. Düsseldorf.
- Heinrichsbauer, A. 1930: Wirtschaftsentwicklung und Politik. In: Der Arbeitgeber, 20, S. 29ff.
- Hirsch, J. 1980: Der Sicherheitsstaat. Frankfurt.
- Hoepke, K.-P. 1974: Alfred Hugenberg als Vermittler zwischen großindustriellen Interessen und Deutschnationaler Volkspartei. In: Mommsen/Petzina/Weisbrod (Hg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Düsseldorf. S. 907ff.
- Johnson, N. 1980: Was erwarten wir von der Demokratie? In: Das Parlament, 44.
- Köhler, H. 1974: Zum Verhältnis Friedrich Flicks zur Reichsregierung am Ende der Weimarer Republik. In: Mommsen/Petzina/Weisbrod, a.a.O., S. 878ff.
- Neumann, F. 1977: Behemoth. Frankfurt.
- Poulantzas, N. 1973: Faschismus und Diktatur. München.
- 1978: Staatstheorie. Hamburg.
- Preller, L. 1978: Sozialpolitik in der Weimarer Politik. Kronberg/Ts.
- Ronge, V. 1979: Bankpolitik im Spätkapitalismus. Frankfurt.
- Tacke, W. 1979: Das Lebensgefühl der Deutschen. In: Geißler (Hg.), Optionen auf eine lebenswerte Zukunft. München.
- Turner, H. A. 1972: Faschismus und Kapitalismus. Göttingen.
- Volkland, G. 1963: Hintergründe und politische Auswirkungen der Gelsenkirchen-Affäre im Jahre 1932. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 11, S. 289ff.
- Weisbrod, B. 1978: Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Wuppertal.
- Wengst, U. 1980: Der Reichsverband der Deutschen Industrie in den ersten Monaten des Dritten Reiches. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 28, 1980, 94ff.
- Winkler, H.A. 1973: Unternehmerverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus. In: Varain (Hg.), Interessenverbände in Deutschland. Köln.
- Zunkel, F. 1974: Industrie und Staatsozialismus. Düsseldorf.